



Eurokrise ohne Ende

Die wirklichen Ursachen der Krise	2
Schlechte Aussichten.....	4
Das Brüsseler Krisenmanagement	5
Kapitalmärkte fressen Demokratie	9
Es geht auch anders:	
Kurswechsel für ein soziales Europa	10

Die Eurokrise ist zu einer unendlichen Geschichte geworden. Seit zwei Jahren eilen die EU-Staatschefs von Gipfel zu Gipfel, um einen Ausweg aus der Krise zu finden. Ohne Erfolg! Die Krise spitzt sich sogar weiter zu.

Angela Merkel, Nikolas Sarkozy und Kollegen nutzten die so genannte „Staatsschuldenkrise“ für eine neue Offensive neoliberaler Politik. Sie blasen zum Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Europäischen Arbeiterbewegung. Von Griechenland über Spanien bis Portugal werden Löhne und Renten gekürzt, Staatsdienerinnen und Staatsdiener entlassen, Tarifverträge zerschlagen und reguläre Beschäftigung entschert.

Die südeuropäischen Gewerkschaften wehren sich gegen die Brüsseler Angriffe. Mit politischen Streiks und Großdemonstrationen wird der Widerstand organisiert. Bisher jedoch ohne durchschlagenden Erfolg.

Die katastrophalen ökonomischen und sozialen Folgen der Brüsseler Kürzungspolitik führen zu keinem Umdenken. Obwohl überall am Mittelmeer die Wirtschaftsleistung schrumpft, die Arbeitslosigkeit nach oben geht, die Steuereinnahmen sinken und die Staatsverschuldung steigt. Doch nach Auffassung von Merkel und Sarkozy ist diese Zwangsdiet alternativlos.

Gleichzeitig befinden sich die Staaten weiterhin in Geiselschaft der Kapitalmärkte. Investmentbanker, Rating-Analysten und Hedge-Fond-Manager bestimmen weiterhin den Zinssatz, zu dem sich Staaten frisches Geld leihen können.

Merkels katastrophales Krisenmanagement droht die Europäische Union in die größte Krise seit Ende des Zweiten Weltkrieges zu stürzen. Noch ist völlig unklar, wie der Euro diese Krise überleben wird.

Die wirklichen Ursachen der Krise

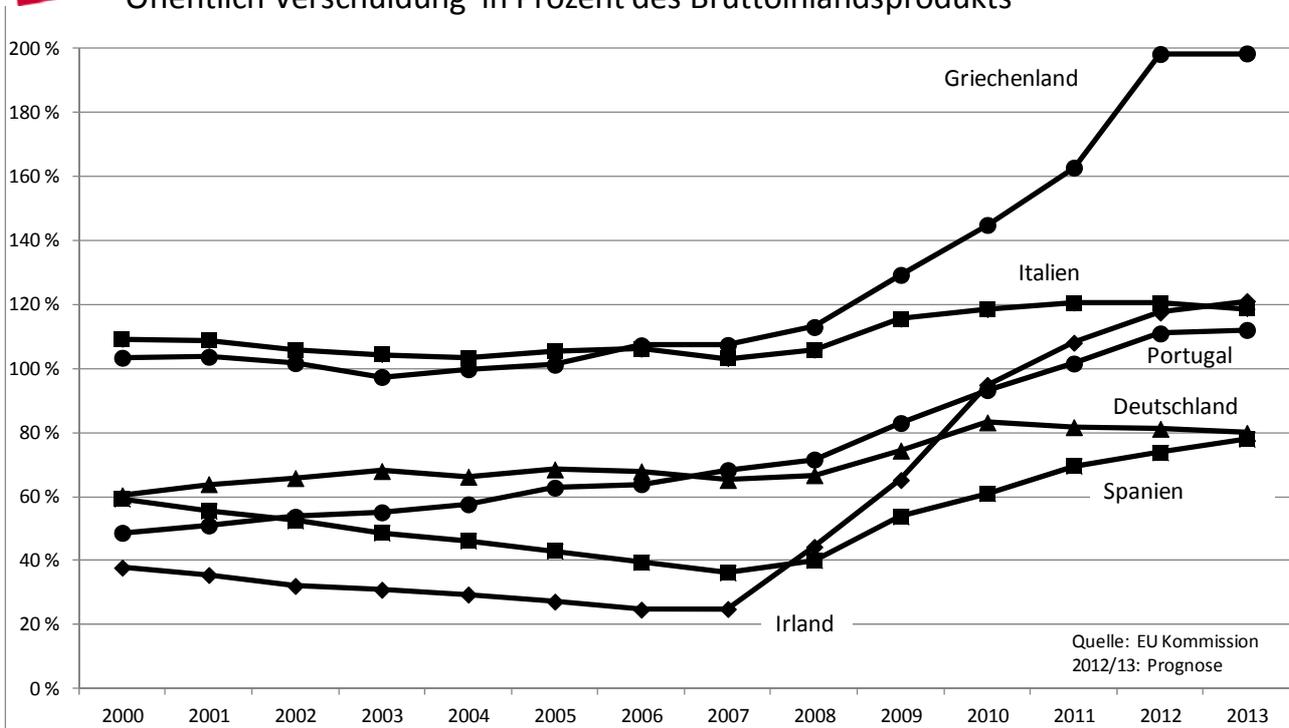
Angela Merkel hat hierzulande die Deutungshoheit über die Krise. Die Kanzlerin verkauft der Bevölkerung die Eurokrise als eine Staatsschuldenkrise. Schuld an den Schuldenbergen sind nach Merkels Lesart zu hohe Staatsausgaben, maßlose Beschäftigte und nimmersatte Rentnerinnen und Rentner.

Die hohen Staatsschulden sind aber nicht das Ergebnis laxer europäischer Haushaltspolitik. Natürlich haben in Griechenland ein miserables Steuersystem und ein ebenso miserabler Steuervollzug zu den riesigen Haushaltslöchern beigetragen. Sie waren aber nicht die Ursache. Europaweit stiegen vor der großen Krise die nationalen Staatsausgaben nicht stärker als das

Finanz- und Wirtschaftskrise treibt Schulden hoch

Öffentlich Verschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Sozialprodukt. In den heutigen Krisenländern Spanien, Irland und Italien schrumpften oder stagnierten die Schuldenlasten.

Erst als die europäischen Krisenmanager unter Führung von Merkel und Sarkozy die Verluste der Banken sozialisierten, explodierten die öffentlichen Schulden. Darüber hinaus mussten die Staaten in der Krise teure Konjunkturpakete schnüren und Arbeitslosigkeit finanzieren.

In Spanien und Irland verdreifachte sich die Schuldenquote. Hierzulande verursachte allein die Bankenrettung eine Zeche von über 300 Milliarden Euro. Ohne den Kollaps von Wall Street, Frankfurter City & Co würden die staatlichen Retter nicht im Schuldensumpf stecken.

Die Staatsverschuldung stieg aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte der Eurozone.

Verantwortlich für die südeuropäischen Schuldenberge ist auch die deutsche Lohn- und Binnenmarktschwäche. In einem gemeinsamen Währungsraum entscheiden Löhne, Produktivität und Preise über die Wettbewerbsfähigkeit einer Nationalökonomie. Eine Auf- und Abwertung der nationalen Währung ist nicht mehr möglich.

Seit Euro-Einführung verbilligten sich deutsche Produkte massiv gegenüber spanischen, italienischen sowie griechischen Waren und Dienstleistungen. Durch „besser *und* billiger“ wurde der Absatz deutscher Maschinen und Autos im europäischen Ausland gesteigert.

Das Geheimnis der vergleichsweise kleinen deutschen Preise liegt in geringen Zuwächsen bei Lohnstückkosten und Löhnen. Im letzten Jahrzehnt sanken die Reallöhne um vier Prozent. Die deutsche Lohnschwäche förderte aber nicht nur den Export, sondern drosselte gleichzeitig die Einfuhr ausländischer Waren – zum Leidwesen unserer Nachbarn.

Während Deutschland eine Exporteuropameisterschaft nach der anderen gewann, färbten sich die südeuropäischen Handelsbilanzen tiefrot. Um ihre Defizite zu finanzieren, mussten sich die Käufer deutscher und anderer ausländischer Produkte verschulden. Die Kredite kamen aus den Überschussländern. Nach Gründung der Währungsunion verdoppelten sich die Leistungsbilanzdefizite der Krisenländer. Spiegelbildlich kletterten die Überschüsse Deutschlands, Hollands und Österreichs. Jetzt ist Schluss mit lustig. Die Schuldner können nicht mehr zahlen.

Schlechte Aussichten

Nach zwei Jahren Dauerkrise und einer Inflation der Krisengipfel ist der Euro noch immer in Lebensgefahr. Die wirklichen Ursachen der Krise sind aber bislang nicht angegangen worden. Die Finanzmärkte sind weiterhin entfesselt. Im Casino herrscht wieder Hochbetrieb. Die Spekulation mit Derivaten, Anleihen, und Rohstoffen blüht. Die Megabanken sind mächtiger denn je. Mit ihrer Größe – sprich Systemrelevanz – können sie ganze Staaten erpressen.

Trotz 16 Krisengipfel sind die wirklichen Ursachen der Krise nicht angegangen worden.

Die Ungleichgewichte in den Handels- und Kapitalströmen nehmen nach kurzer krisenbedingter Unterbrechung wieder zu. Die Überschussländer setzen weiter auf Exportsteigerungen und vernachlässigen ihre Binnennachfrage. Gleichzeitig sparen sich die Defizitländer zu Tode.

Am härtesten trifft es Griechenland. Kein Industrieland hat in den letzten 25 Jahren seinen Haushalt so radikal konsolidiert wie Athen seit 2010. Die Kürzungen umfassten für zwei Jahre rund acht Prozent der griechischen Wirtschaftsleistung. Die Staatsausgaben wurden zwischen 2009 und 2011 um 17 Prozent gesenkt. Das griechische Haushaltsdefizit sank 2010 um satte fünf Prozentpunkte auf 10,5 Prozent. Aufgrund dieser massiven Ausgabenkürzungen ist das hellenische Sozialprodukt heute um 15 Prozent kleiner als 2007. Die Investitionen sind sogar um die Hälfte eingebrochen. Die Steuereinnahmen sanken, die Arbeitslosigkeit stieg dramatisch. Die Brüsseler Sparauflagen haben jegliche Wachstumsperspektive zunichte gemacht.

In Spanien, Portugal und Italien ergibt sich ein ähnliches Bild. Auch dort hat die Kürzungspolitik den Abschwung verschärft. In Portugal umfassen die Konsolidierungsmaßnahmen zwischen 2011 und 2013 rund 11 Prozent des Sozialproduktes. Letztes Jahr reduzierte sich das strukturelle Defizit um fast fünf Prozentpunkte. Das portugiesische Bruttoinlandsprodukt schrumpfte um 1,6 Prozent. Für 2012 wird mit einem weiteren Rückgang von drei Prozent gerechnet. In Italien, Spanien und Frankreich kommt das Wirtschaftswachstum aufgrund der Sparmaßnahmen ebenfalls nicht vom Fleck. Die Arbeitslosigkeit steigt und die Steuereinnahmen sinken. Diese Kürzungspolitik treibt Europa immer tiefer in die Krise.

Das Brüsseler Krisenmanagement

Das schlechte Brüsseler Krisenmanagement hat zwar noch keine Staatspleite verursacht. Die Staatenrettung war aber teurer als nötig. Als die griechische Schuldenkrise zum Jahreswechsel 2009/2010 ausbrach, verweigerte sich Angela Merkel einer europäischen Lösung. Die Griechen sollten ihre Probleme selbst lösen. Erst als klar war, dass eine griechische Staatspleite den gesamten Euroraum sprengen kann, lenkte Merkel ein.

Im Mai 2010 stützten der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Eurogruppe Griechenland mit 110 Milliarden Euro schweren Finanzhilfen. Die Notkredite wurden jedoch an ein drakonisches Kürzungsprogramm geknüpft. Die Kürzungen würgten die griechische Wirtschaft wie bereits skizziert ab und ließen den Schuldenberg weiter wachsen.

Soziale Folgen der Kürzungspolitik

Die Kürzungspolitik hat dramatische soziale Folgen: Im letzten Jahr musste jeder griechische Haushalt Einkommensverluste in Höhe von rund 5.600 Euro hinnehmen. Damit muss jede Griechin und jeder Grieche auf durchschnittlich 14 Prozent des Einkommens verzichten. Die Arbeitslosigkeit ist dramatisch angestiegen. Nach offiziellen Zahlen hat heute mehr als jeder Fünfte keine Arbeit. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei rund 50 Prozent. Die Armut wächst. Fast jede Dritte hat keine Krankenversicherung mehr. Immer mehr griechische Kinder landen in SOS-Kinderdörfern, weil die Eltern kein Geld mehr haben.

Die jüngsten von der Troika aufgezwungenen Sparbeschlüsse sehen weitere drastische Einschnitte vor. Der Mindestlohn soll von 751 Euro um ein Viertel auf 586 Euro gesenkt werden. Pro Stunde sind das nur noch 3,34 Euro statt bisher 4,28 Euro. Das Arbeitslosengeld soll um 30 Prozent auf 322 Euro gekürzt werden. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes beträgt maximal ein Jahr. Danach gibt es gar nichts mehr. Die Renten sollen um 10 bis 15 Prozent sinken. Darüber hinaus sollen bis 2015 rund 150.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen werden. Wenn diese Operation „gelingt“, dann ist der Patient endgültig tot.

Eine vergleichbare Entwicklung vollzieht sich in Spanien, Portugal und Italien. Auch dort hat die Kürzungspolitik die soziale Krise verschärft. In den drei Krisenländern sind sowohl Entlassungen im öffentlichen Dienst und allgemeine Lohnkürzungen als auch Kürzungen bei Rente, Arbeitslosengeld und weiteren Sozialausgaben bereits umgesetzt oder geplant. In Spanien liegt die Arbeitslosigkeit heute bei 23 Prozent, in Portugal bei 13 Prozent und in Italien bei 9 Prozent. Zwischen 2009 und 2010 stürzten eine Million Spanier in Armut. Rund ein Viertel der spanischen Bevölkerung ist heute armutsgefährdet. Die italienischen und portugiesischen Armutsquoten liegen nur knapp darunter.

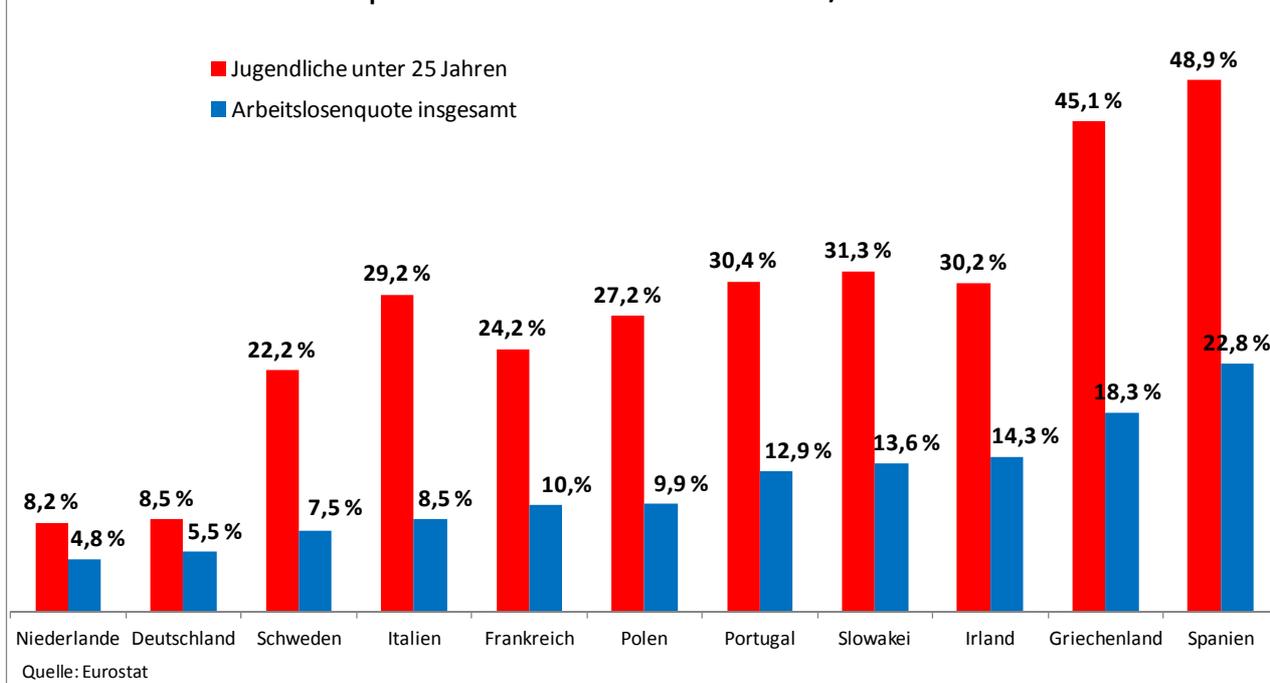
Nachdem auch Irland und Portugal keine neuen Kredite mehr bekamen, spannten die EU-Staatschefs im Sommer 2010 einen 440 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm (EFSF) auf. Das Geld wurde durch die Ausgabe von Anleihen auf dem Kapitalmarkt eingesammelt. Für die Anleihen haften alle Mitgliedsstaaten. Im Herbst suchten zunächst Irland und im April 2011 dann Portugal unter dem neuen Schirm Schutz. Der EFSF senkte die Finanzierungskosten Athens, Lissabons und Dublins, indem er diesen Krisenländern zinsgünstigere Kredite gab. So konnte die weitere Refinanzierung sichergestellt werden. Da jedoch die Fondsmittel für eine Rettung der Euroschwergewichte Spanien und Italien nicht ausreichten, wollten die EU-Staatschefs im Herbst 2011 die Finanzmittel des ESFS mit Hilfe privater Gelder aufstocken. Dieses Vorhaben scheiterte. Im Sommer 2012 wird der zeitlich begrenzte Rettungsschirm durch einen dauerhaften Krisenmechanismus (ESM) ersetzt.



Jugendliche ausgegrenzt

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

Arbeitslosenquoten in Prozent im Herbst/Winter 2011



Auch die ESFS-Notkredite wurden an harte Kürzungsaufgaben geknüpft, die das Wachstum abwürgten. Deshalb konnten die Finanzierungshilfen die Notlage der Schuldnerstaaten nur kurzfristig überbrücken.

Die Notkredite für Krisenstaaten wurden an ökonomisch und sozial schädliche Sparauflagen geknüpft.

Gleichzeitig drängte Angela Merkel die EU-Staatschefs dazu, die EU-Spielregeln für die nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitiken zu ändern. Im ersten Halbjahr 2011 einigten sich die europäischen Staatschefs auf neue Regeln zur wirtschaftspolitischen Steuerung. Die Schuldenobergrenzen wurden ebenso verschärft wie die Aufsicht und die Sanktionen für Schuldensünder. Im Ergebnis wurden die Spielräume nationaler Finanzpolitik beschnitten.

Darüber hinaus beschlossen die EU-Staatschefs wiederum auf Druck Merkels den so genannten Euro-Plus-Pakt. Der Pakt soll die Euro-Staaten mittels neoliberaler Strukturreformen wieder wettbewerbsfähig machen. Wenn die eigenen Waren und Dienstleistungen im Ausland nicht mehr nachgefragt werden, dann – so die Logik – müssen eben Löhne und Sozialausgaben so lange runter, bis die Produkte wieder billiger angeboten werden können.

Die vermeintlich viel zu üppigen Renten der Südeuropäer sollen auf den Prüfstand. Das Renteneintrittsalter soll erhöht und Vorruhestandsregelungen abgeschafft werden. Die EU-Staatschefs schrecken vor nichts zurück. Selbst staatliche Lohn dikte sollen kein Tabu mehr sein.

Der „Euro-Plus-Pakt“ ist ein massiver Angriff auf die Lohn- und Tarifautonomie.

Die in manchen Ländern übliche automatische Inflationsanpassung der Löhne soll abgeschafft werden. Darüber hinaus sollen die Lohnverhandlungen dezentralisiert und somit verbetrieblicht werden. Dadurch werden die Tariflandschaft durchlöchert und zukünftige Lohnzuwächse begrenzt. Dabei soll der öffentliche Sektor Modell stehen und durch Lohnzurückhaltung glänzen. Merkel betreibt ein durchschaubares Spiel. Sie spielt mit Brüssel „über Bande“: In Deutschland steht sie öffentlich zur Tarifautonomie. In Brüssel versucht sie gleichzeitig mit Hilfe des Euro-Plus-Paktes ein Lohnsenkungsdiktat durchzusetzen.

Im Sommer 2011 drohte Griechenland erneut der Staatsbankrott. Daraufhin verhandelten EU, IWF und EZB mit Athen über ein zweites Rettungspaket. Aufgrund des öffentlichen Drucks forderten die EU-Staatschefs diesmal eine Beteiligung privater Gläubiger. Das neue Rettungspaket sollte einen 21prozentigen Schuldenschnitt für griechische Staatsanleihen beinhalten. Die Ankündigung dieser Maßnahme führte zu einer weiteren Eskalation der Krise. Finanzinvestoren spekulierten sofort auf die Pleite der hoch verschuldeten Euro-Schwertgewichte Itali-

en und Spanien. Die Zinsen schossen zeitweise durch die Decke. Die Börsenkurse der Finanzaktien rauschten in den Keller.

Das katastrophale EU-Krisenmanagement zwang die Europäische Zentralbank zum Handeln. Nur durch massive Anleihekäufe der Zentralbank konnte ein Auseinanderbrechen der Eurozone verhindert werden. Diese Zentralbankkäufe senkten die Zinsen und somit die Refinanzierungskosten der Krisenstaaten.

Die Zentralbank holte die Kohlen aus dem Feuer und wurde dafür auch noch kritisiert

Die Rettungsaktionen der Europäischen Währungswächter trafen jedoch auf den massiven Widerstand der Deutschen Bundesbank und der Regierung Merkel. Die Bundesbanker warnen vor angeblichem Schuldensozialismus und vor Inflationsgefahren. Sie wollen die Staatsfinanzierung weiterhin in Geiselnhaft der Kapitalmärkte belassen. Die Kapitalmärkte sollen die Finanzminister disziplinieren. Während die Privatbanken von der Zentralbank mit Billigkrediten überschwemmt werden, sollen die Staaten Wucherzinsen zahlen. Auch die von der Bundesbank befürchtete Inflation hat keine reale Grundlage. Die Preise steigen nicht automatisch, wenn die Geldmenge steigt, sondern wenn Arbeitskräfte und Güter knapp werden.

Im Herbst 2011 suchten die EU-Staatschefs nach einer dauerhaften Lösung der Krise. Der Oktobergipfel sollte den Durchbruch bringen. Zunächst wurde vergeblich versucht die Finanzmittel des EFSF aufzustocken. Darüber hinaus sollte der Schuldenschnitt für Griechenland von ursprünglich 21 Prozent auf 50 Prozent erhöht werden. Die Ergebnisse des Oktobergipfels beruhigten die Märkte jedoch nicht. Die Spekulation gegen die Schuldnerstaaten setzte sich fort.

Der Fiskalpakt ist keine Lösung, sondern das Problem.

Im Winter 2011 verschärften Merkel und Sarkozy erneut das europäische Regelwerk für die nationalen Finanzpolitiken. Im ganzen Euroland soll es nun nationale Schuldenbremsen geben. Der Staatshaushalt muss künftig ausgeglichen sein oder einen Überschuss aufweisen. Das jährliche konjunkturbereinigte Staatsdefizit darf nicht größer als 0,5 Prozent des Sozialproduktes ausfallen. Wenn die Schuldenquote eines Landes über 60 Prozent liegt, dann soll zukünftig ein Zwanzigstel pro Jahr abgetragen werden.

Bezogen auf Deutschland würde dies jährliche Kürzungen im Umfang von rund 30 Milliarden Euro bedeuten. Wer gegen die neuen Haushaltsregeln verstößt, muss hohe Strafen zahlen. Das neue Brüsseler Regelwerk zwingt die Eurostaaten zu konjunkturblinden Ausgabenkür-

zungen und Steuererhöhungen. Damit droht aus der geplanten Stabilitätsunion eine Stagnationsunion zu werden.

Zuletzt beschlossen die EU-Staatschefs ein zweites 130 Milliarden Euro schweres Rettungspaket. Das Paket enthält öffentliche Kredite im Umfang von 100 Milliarden Euro zu Zinssätzen von zwei bis vier Prozent. Die privaten Gläubiger sollen jetzt auf 53,5 Prozent ihrer Forderungen – entspricht rund 107 Milliarden Euro – verzichten. Ihre Restforderungen sollen die Banken und Hedge-Fonds in niedrig verzinsten lang laufende Staatsanleihen umwandeln. Was auf den ersten Blick wie ein uneigennütziges Geschenk der Banken aussieht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als knallharte Interessenspolitik. Bei einer Pleite Griechenlands könnten die Gläubiger alles verlieren. Deswegen soll eine Teilentschuldung Athen in die Lage versetzen, die verbleibenden Schuldtitel zu bedienen. Einen Großteil der Verluste hatten die Banken und Versicherungen ohnehin schon abgeschrieben. Alle Hilfskredite sollen nun auf ein Sperrkonto fließen, das den Schuldendienst sicherstellen soll. Der Vorrang der Schuldenbedienung soll sogar gesetzlich verankert werden. Das Rettungspaket wurde nur gegen Zusage einer drakonischen Kürzungspolitik (siehe Kasten Seite 5/6) gewährt.

Kapitalmärkte fressen Demokratie

Die Kapitalmärkte fressen jetzt auch die Demokratie. In Griechenland wollte der Ex-Premier Papandreou sein Volk über die weitere Zukunft des Landes entscheiden lassen. Anschließend gaben ihm Ackermann und Kollegen zu verstehen, dass er nicht sein Volk zu befragen hat, sondern die Kapitalmärkte. Innerhalb von 24 Stunden war das Referendum vom Tisch und Papandreou hatte wieder Zeit für seine Familie.

Jetzt führt in Athen der ehemalige Zentralbanker Papadimos die Staatsgeschäfte. Und um die griechischen Staatsschulden kümmert sich mit Petros Christodoulos ein ehemaliger Börsenmakler von Goldman Sachs. Nur zur Erinnerung: Goldman Sachs hat der griechischen Regierung vor über zehn Jahren geholfen, ihre Bilanzen für den Eurobeitritt zu fälschen.

In Italien und Griechenland regieren die Banker.

In Italien sind ebenfalls die Banker an der Regierung. Der neue Regierungschef Mario Monti war Berater von Goldman Sachs. Der Chef der Großbank Intesa San Paolo leitet das Ministerium für Infrastruktur und Industrie.

In Südeuropa regieren damit sogenannte Experten, die in der großen Krise 2007 allesamt ihren Job verloren hätten, wenn ihre Arbeitgeber nicht durch die Steuerzahler vor dem Unter-

gang gerettet worden wären. Das ist so als würden hierzulande Josef Ackermann neuer Bundeskanzler und Professor Hans Werner Sinn Nachfolger von Wolfgang Schäuble.¹

Doch damit nicht genug: Das neue Brüsseler Regelwerk ist nur unzureichend demokratisch legitimiert. Der Fiskalpakt ist ein zwischenstaatlicher Vertrag. Das Europäische Parlament wurde von Merkel, Sarkozy & Co schlicht ignoriert.

Die Euro-Krisenländer leben heute in einer modernen Form der Schuldknechtschaft. Sie drohen ihren politischen Handlungsspielraum zu verlieren. Ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik wird in Berlin, Paris und Brüssel gemacht.

Es geht auch anders: Kurswechsel für ein soziales Europa

ver.di hat bereits vor Jahresfrist festgestellt, dass das Krisenmanagement in Europa nicht geeignet ist, die grundlegenden Probleme in der Währungsunion zu lösen. Jetzt bestätigt sich in aller Dramatik die damalige Prognose: „Die aktuellen Sparpakete nehmen den Krisenstaaten die Luft zum atmen. Griechenland, Spanien, Portugal drohen in eine Wachstums- und Schuldenfalle zu geraten.“²

Um die Krisenländer aus der Abwärtsspirale zu befreien und die Eurozone zu stabilisieren braucht die Staatsfinanzierung schnell ein sicheres Fundament. Die Staatsfinanzierung darf nicht länger auf Gedeih und Verderb den Finanzmärkten ausgeliefert sein.

Großanleger, Spekulanten und Rating-Agenturen dürfen nicht länger über das Schicksal von Ländern bestimmen.

Zusätzlich braucht Europa und brauchen insbesondere die Krisenländer ein Konjunktur- und Wachstumsprogramm und nicht eine fiskalpolitische Zwangsjacke, die sie zwingt, auch noch in die drohende Rezession hinein zu sparen. Grundlegende Forderungen haben im Dezember auch der DGB und seine Gewerkschaften in einem Positionspapier formuliert.³

Europäische Zentralbank als Stabilitäts- und Rettungsanker

Zentralbanken sind in entwickelten Volkswirtschaften die sogenannten Kreditgeber der letzten Instanz. Im Zweifelsfall können sie massiv in Finanzmärkte eingreifen und zum Beispiel unbegrenzt Staatsanleihen aufkaufen. Oft reicht die bloße Ankündigung. Zuletzt hat dies die Schweizer Nationalbank bewiesen: Als der Schweizer Franken gegenüber dem Euro immer

¹ <https://bawue.verdi.de/data/Plakatserie.pdf>

² „Krise der Eurozone - Solidarisch aus der Krise“, Beschluss des ver.di Bundesvorstands am 24. Januar 2011, <https://international.verdi.de/europapolitik/krise-der-eurozone/data/ver.di-Beschluss-zur-Eurokrise-Deutsche-Fassung.pdf>

³ „4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa“, DGB Position Dezember 2011, <http://www.dgb.de/themen/++co++59c24b12-262d-11e1-5678-00188b4dc422>

teurer wurde und die Exportwirtschaft bedrohte, zog die Nationalbank die Notbremse. Sie kündigte an einzugreifen, wenn der Wert über 1,20 Franken steigt. Seither blieb der Wechselkurs weitgehend stabil.

Die Europäische Zentralbank (EZB) darf laut Satzung keine Staatsanleihen direkt aufkaufen. Die Gewerkschaften schlagen vor, der EZB indirekt zu ermöglichen, die Funktion des Kreditgebers der letzten Instanz wahrnehmen zu können. Dazu soll der Rettungsfonds EFSF eine Banklizenz erhalten, um – wie jede andere Bank auch – Geld bei der EZB ausleihen zu können. So kann er notfalls unbegrenzt und zu einem niedrigen Zinssatz Staatsanleihen aufkaufen. Mit den erweiterten Funktionen kann der EFSF die drohende Insolvenz von Krisenländern abwenden und eine Grundlage zur Stabilisierung der Eurozone legen.

Konjunktur- und verteilungsgerechte Fiskalpolitik

Staatsfinanzierung durch die Zentralbank – ob direkt oder indirekt – ist keine Lizenz zum maßlosen Schuldenmachen, wie Kritiker unterstellen. Dennoch ist eine Vereinbarung sinnvoll, mit der die Verschuldung unter Kontrolle gehalten werden kann, ohne Länder zu einer strangulierenden Kürzungspolitik zu zwingen.

Europa braucht ein Konjunktur- und Zukunftsprogramm, um aus der Krise herauszuwachsen.

Die Mitgliedstaaten sollen sich auf eine konjunktur- und verteilungsgerechte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte insbesondere durch Steuermehreinnahmen verpflichten. Steuerdumping darf künftig nicht mehr als Wettbewerbspolitik zu Lasten anderer Länder eingesetzt werden. Eine wesentliche Rolle muss die Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen spielen. Denn Schulden stehen immer Vermögen gegenüber: Große Vermögen können nur entstehen, wenn sich Andere – z.B. Staaten – verschulden. Europaweit soll geprüft werden, wie die Staatsverschuldung auf sozial gerechte Weise durch substanzielle Steuern auf große Vermögen reduziert werden kann.

Ein umfassendes Zukunftsprogramm, ein „New Deal“ für Europa

Europa und insbesondere die Krisenländer brauchen ein kurzfristiges Konjunktur- und gleichzeitig ein umfassendes Zukunftsprogramm um eine Rezession abzuwenden und aus der Krise herauszuwachsen. Die Gewerkschaften schlagen ein qualitatives Programm vor, einen Marshall-Plan des 21. Jahrhunderts: Investitionen in die Zukunft, in Bildung, ökologische Modernisierung und effektive Verwaltungsstrukturen. Das Programm muss dem Entwicklungsrückstand in den Krisenländern entgegenwirken, schon allein um den Jugendlichen wieder eine Perspektive zu geben. Erreicht werden könnte dadurch aber auch eine Reduzierung der Han-

delsungleichgewichte – erst recht, wenn in den Überschussländern, insbesondere Deutschland, über deutliche Lohnerhöhungen und den gesetzlichen Mindestlohn zusätzlich die Binnennachfrage gesteigert würde.

Zur Finanzierung steht ein gewaltiger Reichtum zur Verfügung: In Europa insgesamt rund 28 Billionen oder 28.000 Milliarden Euro Vermögen. Einen Teil dieses Vermögens wollen wir im Interesse der Menschen mobilisieren und in sinnvolle Anlagemöglichkeiten lenken. Eine einmalige Vermögensabgabe von drei Prozent auf Vermögen von mehr als 500.000 Euro pro Kopf könnte alleine schon 200 Milliarden Euro bringen. Die Gewerkschaften schlagen außerdem vor, europäische Anleihen aufzulegen, mit dem das Zukunftsprogramm längerfristig finanziert werden kann.

Auch neue gemeinsame europäische Steuern sind denkbar, zum Beispiel die Finanztransaktionssteuer, die alleine mindestens 50 Milliarden Euro jährlich in Europa einbringen würde. Ein solcher gemeinsamer „New Deal“ würde eine Kehrtwende bedeuten, die endlich das gemeinsame Projekt Europa in den Vordergrund rückt – und Europa wäre nicht länger auf eine „Wettbewerbsgemeinschaft“ reduziert, in der Steuer-, Lohn-, Sozial- und Umweltdumping herrschen.

Wirksame Regulierungsvorschriften für Finanzmärkte

Auch wenn die Krise der Staatsfinanzen durch die erweiterten Funktionen von EZB/EFSSF überwunden ist, bleibt eine strenge Regulierung der Finanzmärkte notwendig: Volkswirtschaftlich schädliche Geschäfte und Produkte müssen eingedämmt bzw. abgeschafft werden. Dazu soll eine öffentliche Zulassungsstelle für Finanzprodukte eingerichtet werden. Auch die bisherigen Maßnahmen für schärfere Eigenkapitalregeln reichen nicht aus. Vor allem für sogenannte Schatteninstitute – z.B. Hedge-Fonds – müssen Mindestregulierungsvorschriften erlassen werden. Darüber hinaus sollten systemrelevante Banken durch Trennung des realen Bankgeschäfts vom spekulativen Investmentbanking verkleinert werden. Mit einer solchen Regulierung würde der Finanzsektor auf seine dienende Funktion für die Realwirtschaft reduziert.⁴

⁴ Siehe ausführlicher zu den konkreten Regulierungsvorschlägen: Finanzmarktkrise ohne Ende? Vorschläge für eine neue Finanzmarktarchitektur, Diskussionspapier ver.di Fachbereich 1, November 2011